

Gesetzentwurf

der Landesregierung

**Erstes Gesetz zur Änderung
des Brandenburgischen Vergabegesetzes**

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Erstes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Vergabegesetzes

A. Problem

Seit dem 1. Januar 2012 ist das Brandenburgische Vergabegesetz (BbgVergG) in Kraft. Seitdem gilt für alle Aufträge, die nicht in den Anwendungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes fallen oder Leistungen des Öffentlichen Personenverkehrs zum Gegenstand haben, ein Mindestarbeitsentgelt in Höhe von 8,00 Euro je Arbeitsstunde (§ 3 Absatz 3 Satz 1 BbgVergG). Dieses Mindestarbeitsentgelt ist regelmäßig an veränderte wirtschaftliche und soziale Veränderungen anzupassen. Hierbei werden der Landesregierung Vorschläge einer Kommission unabhängiger Mitglieder unterbreitet. Der vorliegende Vorschlag der Kommission sieht eine Erhöhung des Mindestarbeitsentgelts auf 8,50 Euro je Arbeitsstunde ab dem 1. Januar 2014 für eine Dauer von zwei Jahren vor. Eine vorzeitige Anpassung soll im Herbst 2014 geprüft werden.

B. Lösung

Um die Anpassung des Mindestarbeitsentgelts möglichst umgehend zu verwirklichen, ist § 3 Absatz 3 Satz 1 BbgVergG zu ändern. Das soll mit dem Ersten Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Vergabegesetzes erfolgen.

C. Rechtsfolgenabschätzung

I. Erforderlichkeit

Die Änderung eines förmlichen Gesetzes bedarf eines förmlichen Gesetzes.

II. Zweckmäßigkeit

Zur Anpassung der Höhe des Mindestarbeitsentgelts des § 3 Absatz 3 BbgVergG durch eine Änderung des Brandenburgischen Vergabegesetzes gibt es keine Alternative.

III. Auswirkungen auf Bürger, Wirtschaft und Verwaltung

Als betroffene Arbeitnehmer profitieren die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar von einer höheren Vergütung ihrer Arbeitsleistung.

Für die Wirtschaft ergeben sich keine Änderungen: Die durch die Anpassung des Mindestarbeitsentgelts gegebenenfalls entstehenden höheren Personalkosten werden über die Wettbewerbspreise aufgefangen.

Für die Verwaltung ergeben sich insofern Auswirkungen, als sich die Kosten eines öffentlichen Auftrags um die erhöhten Personalkosten der Auftragnehmer erhöhen werden. Darüber hinaus ergeben sich allenfalls insofern Auswirkungen, dass die Auftragnehmer ihre Vergabeunterlagen an das erhöhte Mindestarbeitsentgelt anzupassen haben. Hierbei handelt es sich aber lediglich um die Ersetzung der Angabe „8,00 Euro“ um die Angabe „8,50 Euro“. Der Prüfungsaufwand für öffentliche Auftraggeber verändert sich nicht.

D. Zuständigkeiten

Die Zuständigkeit für das Gesetz liegt bei dem Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten.

Gesetzentwurf für ein

Erstes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Vergabegesetzes

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Brandenburgischen Vergabegesetzes

In § 3 Absatz 3 Satz 1 des Brandenburgischen Vergabegesetzes vom 21. September 2011 (GVBl. I Nr. 19) wird die Angabe „8,00 Euro“ durch die Angabe „8,50 Euro“ ersetzt.

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Potsdam, den [Datum der Ausfertigung]

Der Präsident des Landtages

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Am 1. Januar 2012 trat das Brandenburgische Gesetz über Mindestanforderungen für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen (Brandenburgisches Vergabegesetz – BbgVergG) in Kraft. Kernstück des Gesetzes ist die Einführung eines Mindestarbeitsentgelts für die Beschäftigten von Auftragnehmern der öffentlichen Hand. Soweit es sich nicht um Leistungen nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz oder um Leistungen des Öffentlichen Personennahverkehrs handelt, ergibt sich die Höhe des Mindestarbeitsentgelts aus § 3 Absatz 3 Satz 1 BbgVergG. Danach wird ein Auftrag nur an einen Bieter vergeben, der sich gegenüber dem Auftraggeber verpflichtet, seinen bei der Erfüllung von Leistungen des Auftrags eingesetzten Beschäftigten ein Arbeitnehmerbruttoentgelt von mindestens 8,00 Euro je Arbeitsstunde zu bezahlen.

Dieses Mindestarbeitsentgelt ist an wirtschaftliche und soziale Veränderungen bzw. an die wirtschaftliche Entwicklung anzupassen. Daher bestimmt § 4 Absatz 1 Satz 1 BbgVergG, dass die Landesregierung den in § 3 Absatz 3 Satz 1 BbgVergG genannten Entgeltsatz regelmäßig, mindestens aber alle zwei Jahre, überprüft und dem Landtag einen Entwurf zur Anpassung an eine Änderung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse vorlegt, soweit dies erforderlich ist.

Hierbei berücksichtigt die Landesregierung den Vorschlag einer Kommission unabhängiger Mitglieder zur Anpassung des Entgeltsatzes nach § 3 Absatz 3 Satz 1 BbgVergG (§ 4 Absatz 1 Satz 2 BbgVergG). Eine Bindung an den Vorschlag besteht nicht (§ 4 Absatz 1 Satz 3 BbgVergG).

Der vorliegende Vorschlag der Kommission sieht eine Erhöhung des Mindestarbeitsentgelts auf 8,50 Euro ab dem 1. Januar 2014 für eine Dauer von zwei Jahren vor. Eine vorzeitige Anpassung soll im Herbst 2014 geprüft werden.

Um die Anpassung des Mindestarbeitsentgelts zu verwirklichen, ist § 3 Absatz 3 Satz 1 BbgVergG zu ändern. Dort ist die Angabe "8,00 Euro" durch die Angabe "8,50 Euro" zu ersetzen. Diese Änderung hat durch ein förmliches Gesetz zu erfolgen.

Die Landesregierung überprüft die Angemessenheit des Mindestarbeitsentgelts nach spätestens zwei Jahren (§ 4 Absatz 1 Satz 1 BbgVergG). Bis dahin gilt das Mindestarbeitsentgelt des § 3 Absatz 3 Satz 1 BbgVergG. Eine vorzeitige Anpassung des Mindestarbeitsentgelts ist auf der Grundlage der Vorschriften des BbgVergG auch ohne eine Änderung des Gesetzes möglich (§ 4 Absatz 1 Satz 1 BbgVergG). Sofern die Kommission einen entsprechenden Vorschlag früher unterbreitet, wird die Landesregierung den Vorschlag prüfen und gegebenenfalls eine entsprechende Änderung des Brandenburgischen Vergabegesetzes in das Parlament einbringen.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Artikel 1 enthält die Änderung des § 3 Absatz 3 Satz 1 BbgVergG. Durch die Änderung wird ein Auftrag nur an einen Bieter vergeben, der sich gegenüber dem Auftraggeber verpflichtet, seinen bei der Erfüllung des Auftrags eingesetzten Beschäftigten ein Arbeitnehmerbruttoentgelt von mindestens 8,50 Euro je Arbeitsstunde zu bezahlen.

Zu Artikel 2

Artikel 2 regelt das Inkrafttreten des Ersten Gesetzes zur Änderung des Brandenburgischen Vergabegesetzes.

Das angepasste Mindestarbeitsentgelt ist bei solchen Vergabeverfahren zu vereinbaren, die nach Inkrafttreten des Gesetzes begonnen werden. Eine Rückwirkung im Sinne einer tatbestandlichen Rückanknüpfung ist nicht vorgesehen.